

Dienstag 4. Februar 2020

Nummer 877

Der Newsletter als PDF

Die Stiftung auf  und 

App der Robert Schuman Stiftung download über [Appstore](#) und [Google Play](#)

— Ich unterstütze die Robert Schuman-Stiftung —

Was bleibt von den transatlantischen Beziehungen im Zeitalter von Donald Trump?

Autor : Anna Dimitrova



Am 3. Februar wurde das US-Wahljahr, mit den Vorwahlen in Iowa, eröffnet. Eine Reihe von Vorabstimmungen finden bis zum 3. November statt, bevor die Amerikaner zur Wahl des 46. Präsidenten aufgerufen werden. Am Vorabend der Münchner Sicherheitskonferenz (14.-16. Februar) beschäftigen uns die demokratischen Vorwahlen mit einer Reflexion über die Beziehungen zwischen Europa und den USA. Auf beiden Seiten des Atlantiks stehen im Jahr 2020 wichtige Entscheidungen an.

[Fortsetzung](#)

Übersicht

Stiftung : EZB/Treffen - Wettbewerb **Kommission** : 5G - Großbritannien - Arbeitsprogramm 2020 - NBC Universal **Parlament** : Ladegeräte - Gleichheit/Gehalt - EU-UK **Rat der Europäischen Union** : Zukunft/EU - Russland/Ukraine **Diplomatie** : Handel/Japan - Ukraine - Mission/Hormus **Gerichtshof** : Kroatien/Slowenien **Europäische Investitionsbank** : Bilanz 2019 **Europäische Agenturen** : Airbus **Deutschland** : Draghi/Ehrung **Österreich** : Deutschland **Frankreich** : Großbritannien - Polen **Irland** : Umfragen **Portugal** : Kohäsion **Großbritannien** : Brexit - Schottland **Kosovo** : Regierung **Europäischer Menschengerichtshof** : Frankreich/Gefängnisse - Bilanz 2019 **IWF** : Fiskalität/Euro **Eurostat** : Wachstum - Dienstleistungen - Inflation - Arbeitslosigkeit **Eurobarometer** : Cyberkriminalität **Berichte / Studien** : Erasmus+ - Fiskalität - Mobilität **Kultur** : Ausstellung/Paris - Kunst/Rotterdam - Ausstellung/Düsseldorf - Ausstellung/Brüssel

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

Stiftung :

Treffen mit Christine Lagarde



Die Präsidentin der Europäischen Zentralbank (EZB), Christine Lagarde, wurde am 3. Februar in der Stiftung empfangen. Sie sprach mit Jean-Dominique Giuliani über europäische Themen und die Zukunft der EZB-Politik... [Fortsetzung](#)

Wettbewerbspolitik und Industriepolitik: für eine Reform des europäischen Rechts

Das Scheitern bestimmter Fusionsprojekte vom Typ Alstom/Siemens stellt die Unzulänglichkeit oder sogar die Veralterung des europäischen Wettbewerbsrechts und seinen Platz im Verhältnis zu anderen Zielen der öffentlichen Politik in Frage. Sollte nicht eine Neugewichtung zwischen der



Wettbewerbspolitik und der Industriepolitik vorgenommen werden, damit die Ziele der letzteren zum Tragen kommen können? Bruno Deffains, Olivier d'Ormesson und Thomas Perroud schlagen mehrere Wege für Reformen vor...
[Fortsetzung](#)

Kommission :

5G-Netzwerksicherheits-Werkzeugkasten



Die Kommission hat am 29. Januar das EU-Instrumentarium zur Verringerung der mit dem Einsatz von 5G verbundenen Risiken vorgestellt. Die Maßnahmen betreffen Regulierung, Zertifizierung, Handelsschutz, Wettbewerb, öffentliche Beschaffungsverfahren und Finanzierungsprogramme. Die Kommission fordert die Mitgliedstaaten auf, ihre Sicherheitsanforderungen bis zum 30. April zu verschärfen, insbesondere um Profile zu bewerten und den Zugang zu risikoreichen Anbietern zu beschränken, und gleichzeitig Strategien zur Gewährleistung der Diversifizierung der Anbieter einzuführen...
[Fortsetzung](#)

Richtlinien für Verhandlungen mit Großbritannien



Michel Barnier, der Chefunterhändler der Union, hat am 3. Februar seine vorgeschlagenen Leitlinien für die Verhandlungen über die künftigen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich vorgestellt. Das Dokument, das vom Rat angenommen werden soll, befasst sich hauptsächlich mit Wirtschafts- und Handelsfragen, der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit, der Außen- und Sicherheitspolitik und dem Governance-Rahmen der Beziehungen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Arbeitsprogramm 2020



Am 29. Januar nahm die Kommission ihr Arbeitsprogramm für 2020 an, das die sechs Prioritäten ihrer Präsidentin Ursula von der Leyen widerspiegelt. Sie wird bis 2050 eine Gesetzgebung zur Kohlenstoffneutralität vorschlagen, eine neue europäische Strategie für digitale Daten, künstliche Intelligenz und Industrie. Sie wird auch einen Rahmen vorschlagen, um einen europäischen Mindestlohn zu garantieren und neue Strategien für die Zusammenarbeit mit Afrika und dem Balkan zu entwickeln. Sie wird einen neuen Pakt zu Migration und Asyl sowie eine Strategie zur Sicherheitsunion vorlegen. Schließlich wird sie die Konferenz über die Zukunft Europas eröffnen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Gegen NBC Universal wird Geldbuße von 14,3 Millionen Euro wegen wettbewerbswidriger Praktiken verhängt



Am 30. Januar verhängte die Kommission Geldbußen gegen mehrere Unternehmen der Comcast Corporation wegen wettbewerbswidriger Praktiken, darunter 14,3 Millionen Euro gegen den audiovisuellen Konzern NBC Universal, da sie Händler daran gehindert haben, lizenzierte Ware in Gebiete bzw. an Kundengruppen im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) zu verkaufen, die ihnen nicht zugewiesen worden waren. Dem Unternehmen wurde eine Ermäßigung der Geldbuße um 30% gewährt, weil es mit der Kommission zusammengearbeitet hat, unter anderem durch die Vorlage zusätzlicher Beweise gegen das Unternehmen... [Fortsetzung](#)

Parlament :

Resolution für die Annahme einer universellen Ladegerätenorm



Die Europäischen Abgeordneten forderten die Kommission am 30. Januar auf, bis Juli strengere Maßnahmen für Universal-Ladegeräte, die für alle tragbaren Geräte verwendbar sind, vorzulegen. Die Abgeordneten unterstreichen die Dringlichkeit der Reduzierung des Elektronikschrotts, der im Jahr 2016 durchschnittlich 16,6 kg pro europäischen Einwohner betrug. Sie fordern die Kommission auf, Gesetzesinitiativen zur Erhöhung der Sammlung und des Recyclings von Ladegeräten in der gesamten EU sowie Strategien zur Entkopplung des Kaufs von Ladegeräten vom Kauf neuer Geräte zu prüfen... [Fortsetzung](#)

Resolution für ehrgeizige Maßnahmen zur Lohnungleichheit



Die Europäischen Abgeordneten forderten die Kommission am 30. Januar auf, eine ehrgeizige Gleichstellungsstrategie vorzulegen, die verbindliche Maßnahmen zur Lohntransparenz und zum Lohngefälle umfasst und für alle Tätigkeitsbereiche gilt. Um die Ursachen anzugehen, fordern sie die Mitgliedstaaten auf, in frühkindliche Erziehung und Betreuungsdienste sowie in familienfreundliche Arbeitsregelungen zu investieren. Sie fordern auch die Umsetzung angemessener Maßnahmen für ältere Frauen, für die der Einkommensunterschied nach der Pensionierung doppelt so hoch ist... [Fortsetzung](#)

Billigung des Abkommens über den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union



Die Abgeordneten haben am 29. Januar mit 621 zu 49 Stimmen bei 13 Enthaltungen das Abkommen über den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union angenommen. Die Vereinbarung wurde dann am 30. Januar vom Rat im schriftlichen Verfahren endgültig angenommen. Dies war der letzte Schritt vor dem Brexit, der am 31. Januar um Mitternacht Brüsseler Zeit stattfand... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Rat der Europäischen Union :

Schlussfolgerungen des Rates Allgemeine Angelegenheiten



Die Minister erörterten am 28. Januar die Vorschläge der Kommission für die Organisation der Konferenz über die Zukunft Europas, die in diesem Jahr eingeleitet und 2022 abgeschlossen werden soll. Sie betonten, wie wichtig es sei, die Bürger und die sie betreffenden Themen in den Mittelpunkt der Arbeit zu stellen und gleichzeitig eine ausgewogene Vertretung der drei europäischen Institutionen zu gewährleisten und die nationalen Parlamente einzubeziehen. Sie erinnerten daran, dass die Umsetzung des Strategischen Programms 2019-2024 eine Priorität sein sollte. Darüber hinaus stellte die kroatische Ratspräsidentschaft ihre Prioritäten für die kommenden Monate vor... [Fortsetzung](#)

Ukraine: Europäische Sanktionen auf 7 Personen ausgeweitet



Am 28. Januar fügte der Rat der Liste der Personen, die restriktiven Maßnahmen unterliegen, 7 Personen hinzu, da sie eine Bedrohung für die territoriale Integrität, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine darstellen. Diese Benennungen wurden im Zusammenhang mit der Organisation der russischen Kommunalwahlen, im vergangenen September in der Ukraine, der Autonomen Republik Krim und der illegal annektierten Stadt Sewastopol, ausgesprochen. 177 Personen stehen nun auf der Liste, und die Gelder von 44 Einrichtungen wurden im Rahmen dieser Sanktionsregelung von der Union eingefroren... [Fortsetzung](#)

Diplomatie :

Anstieg der europäischen Exporte nach Japan



Am 1. Februar jährt sich das Inkrafttreten des Wirtschaftspartnerschaftsabkommens zwischen der EU und Japan zum ersten Mal. Die europäischen Exporte nach Japan stiegen in den ersten 10 Monaten nach der Einführung um 6,6% im Vergleich zu 2018. Die japanischen Exporte in die EU sind zwischen 2018 und 2019 um 6,3% gestiegen... [Fortsetzung](#)

Assoziationsrat EU-Ukraine



Auf der Tagung des Assoziationsrates EU-Ukraine am 28. Januar wurde die Umsetzung des Assoziationsabkommens überprüft, wobei der gemeinsame Wunsch nach einer Stärkung der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit bekräftigt und die positiven Auswirkungen der Visafreiheit für die Ukrainer begrüßt wurden. Besonderes Augenmerk wurde auf politische Reformen und Fragen der Rechtsstaatlichkeit gelegt. Darüber hinaus zog der Rat eine Bilanz der Lage in der Ostukraine und der Umsetzung des Minsker Abkommens und erörterte auch die Nichtanerkennung der illegalen Annexion der Krim und der Stadt Sewastopol durch Russland... [Fortsetzung](#)

Europäische Mission in der Straße von Hormus



Die europäische Überwachungsmission in der Straße von Hormus ist seit dem 30. Januar einsatzbereit. Die französische Fregatte Courbet ist in der Region im Einsatz und wird Mitte Februar durch die niederländische Fregatte De Ruyter verstärkt, gefolgt von einer dänischen Fregatte im September. Der taktische Stab, der sich aus französischen, belgischen, dänischen und niederländischen Offizieren zusammensetzt, ist auf einem französischen Stützpunkt in Abu Dhabi stationiert... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Gerichtshof :

Das Gericht erklärt sich im Grenzstreit zwischen Kroatien und Slowenien für nicht zuständig



Der Gerichtshof der Union erklärte sich am 31. Januar für unzuständig, den Grenzstreit zwischen Kroatien und Slowenien zu entscheiden. Die Richter erklären, dass der Verlauf der Grenze zwischen den beiden ehemaligen Teilrepubliken Jugoslawiens bereits Gegenstand eines internationalen Schiedsgerichtsverfahrens war und dass dies kein integraler Bestandteil des Unionsrechts ist. Man fordert beide Länder auf, loyal auf eine endgültige rechtliche Lösung hinzuwirken. Kroatien weigert sich, das Schiedsverfahren wegen Unregelmäßigkeiten im Verfahren anzuerkennen... [Fortsetzung](#)

Europäische Investitionsbank :

Rekordzahl von Transaktionen im Jahr 2019



Die Finanzierungen der Europäischen Investitionsbank (EIB) und des Europäischen Investitionsfonds stiegen 2019 gegenüber 2018 um 13% auf 72,22 Milliarden Euro. Die Zahl der Finanzierungsoperationen war die höchste in einem Jahr: 1 095, ein Anstieg von 28%. 31% der Finanzierung wurden dem Klima gewidmet, stellte ihr Vorsitzender Werner Hoyer bei der Vorstellung des Jahresberichts am 30. Januar fest... [Fortsetzung](#)

Europäische Agenturen :

Airbus erzielt Einigung mit den Behörden von 3 Ländern



Der europäische Flugzeughersteller Airbus gab am 28. Januar bekannt, dass er eine grundsätzliche Einigung mit den US-amerikanischen, britischen und französischen Behörden erzielt hat, die Anti-Korruptionsuntersuchungen gegen das Unternehmen durchführen. In der Praxis bedeutet dieses Abkommen mit der Nationalen Finanzstaatsanwaltschaft (PNF) in Frankreich, dem Serious Fraud Office (SFO) in Großbritannien und dem Justizministerium (DoJ) in den USA, dass die Verfahren gegen Airbus beendet werden. Airbus zahlte am 31. Januar 3,6 Milliarden Euro aus, um diese drei Anti-Korruptionsuntersuchungen abzuschließen... [Fortsetzung](#)

Deutschland :

Mario Draghi erhält das Bundesverdienstkreuz der Bundesrepublik



Der ehemalige Präsident der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, wurde am 31. Januar von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier mit dem Großkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik ausgezeichnet. Dies ist die höchste Auszeichnung des Landes. Er betonte, dass seine Geldpolitik von 2012 bis 2019 auf "einem tief verwurzelten Respekt vor dem Gesetz, den Regeln und seinem Mandat" basiere... [Fortsetzung](#)

Österreich :

Besuch von Sebastian Kurz in Deutschland



Der österreichische Bundeskanzler Sebastian Kurz wurde am 3. Februar in Berlin von seiner deutschen Amtskollegin Angela Merkel empfangen. Sie diskutierten unter anderem über den Klimaschutz, den nächsten Mehrjahreshaushalt der EU und eine mögliche Steuerreform auf europäischer Ebene... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Frankreich :

Brief von Emmanuel Macron an die Briten

Am 1. Februar veröffentlichte der französische Präsident Emmanuel Macron einen Brief an die "britischen Freunde", in dem er seine Trauer



über den Brexit sowie seine Hoffnung auf eine Stärkung der Freundschaft zwischen Frankreich und dem Vereinigten Königreich unterstrich. Die Verleihung des Titels der Ehrenlegion an die Stadt London wurde ebenfalls für Juni angekündigt, anlässlich des 80. Jahrestages des Appells von General de Gaulle vom 18. Juni... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Reise nach Polen



Bei einem Staatsbesuch in Polen am 3. und 4. Februar sprach der französische Präsident Emmanuel Macron in Warschau vom Erreichen eines "Wendepunktes" in den Beziehungen zu Polen. "Ich hoffe, dass dieser Besuch und unser Austausch einen echten Wendepunkt in der Rolle markieren wird, die wir gemeinsam für das Europa von morgen spielen können", sagte Emmanuel Macron an der Seite seines polnischen Kollegen Andrzej Duda vor der Presse. Sie erörterten insbesondere Verteidigungsfragen... [Fortsetzung](#)

Irland :

Umfragen vor den Wahlen



Nach zwei am 2. und 3. Februar veröffentlichten Umfragen, weniger als eine Woche vor den vorgezogenen Parlamentswahlen am 8. Februar, erreichte die Fine Gail des scheidenden Premierministers Leo Varadkar mit 20-21% der Stimmen den dritten Platz. Er würde von der Fianna Fail unter der Führung von Michael Martin, welche 23-24% der Stimmabsichten zugeschrieben werden, und von den linken von Sinn Fein, unter der Führung von Mary Lou McDonald, die 24-25% der Stimmabsichten erhielten, verdrängt werden... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Portugal :

Treffen der Kohäsionspolitik Befürworter



Am 1. Februar traf sich in Beja, Portugal, eine informelle Gruppe von 17 Mitgliedstaaten (Tschechische Republik, Polen, Ungarn, Slowakei, Slowenien, Estland, Litauen, Lettland, Bulgarien, Kroatien, Zypern, Griechenland, Malta, Portugal, Spanien, Italien und Rumänien), die die derzeitige Form der Kohäsionspolitik beibehalten wollen. Insbesondere erörterten sie Schlüsselfragen zum nächsten Mehrjahreshaushalt der Union, einschließlich des Umfangs und der Prioritäten der einzelnen Länder... [Fortsetzung](#)

Großbritannien :

Offizieller EU-Austritt von Großbritannien



Großbritannien hat die Union am 31. Januar offiziell verlassen. Das Land ist nicht mehr in den europäischen Institutionen vertreten, befolgt aber weiterhin die EU-Regeln für eine Übergangszeit bis zum 31. Dezember, in der London und die EU die Bedingungen ihrer künftigen Beziehungen aushandeln werden. Premierminister Boris Johnson forderte seine Landsleute auf, eine "Chance" zu ergreifen und "das Potenzial" ihres Landes freizusetzen. In einer Rede am Old Royal Naval College in Greenwich am 3. Februar versicherte er, dass das Vereinigte Königreich nicht in "unfairen Wettbewerb" mit der EU treten werde, lehnte aber die Idee einer Angleichung an die EU-Regeln ab... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Brief der schottischen Premierministerin



Als Großbritannien am 31. Januar aus der Europäischen Union austrat, veröffentlichte die schottische Premierministerin Nicola Sturgeon einen "Brief für Europa" in 10 Sprachen. Sie sagt, dass die Schotten im Herzen Europas bleiben wollen und dass es "die beste Option für Schottland sei, ein unabhängiges Land innerhalb der Union zu sein". Sie fordert die europäischen Bürger auf, mit dem schottischen Volk solidarisch zu bleiben... [Fortsetzung](#)

Kosovo :

Politische Einigung über die Bildung einer Regierung

Albin Kurti, Gründer der linksnationalistischen Partei Vetevendosje



(Selbstbestimmung), wurde am 3. Februar Ministerpräsident des Kosovo. Er wurde nach einer Koalitionsvereinbarung mit der Demokratischen Liga des Kosovo als Premierminister vereidigt und beendete die viermonatigen Verhandlungen nach den Parlamentswahlen vom Oktober 2019... [Fortsetzung](#)

Europäischer Menschengerichtshof :

Frankreich wegen Überfüllung der Gefängnisse verurteilt



In einem Urteil vom 30. Januar verurteilte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte Frankreich wegen der Verletzung des Rechts auf einen wirksamen Rechtsbehelf für Gefangene und des Verbots unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung. Er fordert die Behörden auf, das Problem der Überbelegung der Gefängnisse und der menschenunwürdigen Haftbedingungen zu beenden. Er stellt ferner fest, dass die Belegungszahlen in den betreffenden Gefängnissen ein strukturelles Problem erkennen lassen, und empfiehlt Frankreich, allgemeine Maßnahmen zur Behebung dieses Problems zu ergreifen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Jahresbericht über die Aktivitäten des EGMR im Jahr 2019



Ein Viertel der derzeit vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte anhängigen Anträge wurden von Russen eingereicht, kündigte der Präsident des EGMR, Linos-Alexandre Sicilianos, in seinem am 29. Januar veröffentlichten Jahresbericht an. Von den fast 60.000 vor dem EGMR anhängigen Fällen betreffen 25% Russland, weit vor der Türkei (15,5%), der Ukraine (14,8%) und Rumänien (13,2%). Der EGMR kann von rund 820 Millionen Bürgern der 47 Mitgliedsstaaten des Europarates angerufen werden... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#)

IWF :

Zukunft der Haushaltsregeln in der Euro-Zone



In einer Rede in Brüssel am 28. Januar sprach der Direktor der Abteilung für öffentliche Finanzen des Internationalen Währungsfonds Vitor Gaspar über die Zukunft der fiskalischen Regeln in der Eurozone. Er betonte die drei grundlegenden Prioritäten, die in der Architektur der Eurozone berücksichtigt werden müssen: die Vollendung der Bankenunion, der einheitliche europäische integrierte Kapitalmarkt und die zentrale Steuerkapazität... [Fortsetzung](#)

Eurostat :

BIP-Wachstum im vierten Quartal 2019



Laut einer am 31. Januar veröffentlichten vorläufigen Vorausschätzung von Eurostat ist das BIP im vierten Quartal 2019 sowohl in der Europäischen Union als auch in der Eurozone um 0,1% gewachsen. Nach einer ersten Schätzung der jährlichen Wachstumsrate für 2019, die auf vierteljährlichen Daten basiert, wuchs das BIP in der EU um 1,4% und in der Eurozone um 1,2%... [Fortsetzung](#)

Überschuss im internationalen Handel mit Dienstleistungen



Laut einem am 28. Januar veröffentlichten Eurostat-Bericht wird der Überschuss der EU im internationalen Dienstleistungsverkehr, der zwischen 2013 und 2016 zurückgegangen war, für 2018 auf mehr als 186 Milliarden Euro ansteigen. Dies lässt sich durch einen Anstieg der Dienstleistungsexporte in die übrige Welt um 3% zwischen 2017 und 2018 und einen Rückgang der Importe um 0,6% im gleichen Zeitraum erklären. Mit Exporten in die Vereinigten Staaten im Wert von 257,4 Milliarden Euro im Jahr 2018 bleibt das Land der wichtigste Partner der EU und macht 27% der gesamten EU-Exporte aus... [Fortsetzung](#)

Inflation im Euroraum steigt im Januar an



Die jährliche Inflationsrate der Eurozone wird für Januar auf 1,4% geschätzt, gegenüber 1,3% im Dezember. Dies geht aus einer am 31. Januar veröffentlichten Vorausschätzung von Eurostat hervor. Nahrungsmittel, Alkohol und Tabak sowie Energie sind die Sektoren mit den höchsten Raten... [Fortsetzung](#)

Arbeitslosigkeit sinkt



Die Arbeitslosenquote in der Europäischen Union liegt im Dezember 2019 bei 6,2% gegenüber 6,6% im Vorjahr, die niedrigste Quote in der Union seit Januar 2000. Die Arbeitslosenquote der Eurozone lag im Dezember 2019 bei 7,4%, gegenüber 7,8% im Dezember 2018, so die von Eurostat am 30. Januar veröffentlichten Zahlen... [Fortsetzung](#)

Eurobarometer :

Europäer und Cybersicherheit



Laut einem am 29. Januar veröffentlichten Eurobarometer-Bericht sind sich die Europäer der Problematik der Internet-Kriminalität stärker bewusst. 52% der Befragten fühlen sich ziemlich oder sehr gut informiert, gegenüber 46% im Jahr 2017. Allerdings fühlen sich immer mehr Europäer im Internet nicht mehr sicher und sind besorgt über den Missbrauch ihrer persönlichen Daten. Im Jahr 2018 waren 59% der Befragten der Ansicht, dass sie sich vor Internetkriminalität schützen könnten, im Vergleich zu 71% im Jahr 2017. Mehr als 1/3 der Befragten haben in den letzten 3 Jahren betrügerische E-Mails oder Anrufe erhalten, in denen nach ihren persönlichen Daten gefragt wurde... [Fortsetzung](#)

Berichte / Studien :

Erasmus+ Jahresbericht 2018



Mehr als 850.000 Studenten, Auszubildende, Lehrer und Jugendbetreuer haben 2018 vom Erasmus+-Programm profitiert, so der Jahresbericht über das Austauschprogramm, den die Kommission am 28. Januar veröffentlicht hat. Damit sind es seit 1987 insgesamt mehr als 10 Millionen Menschen die das Programm genutzt haben. Während 14,7 Milliarden Euro für Erasmus+ für den Zeitraum 2014-2020 vorgesehen sind, schlägt die Kommission vor, die Mittel auf 30 Milliarden Euro zu erhöhen, um das Programm im Rahmen des nächsten Mehrjahreshaushalts (2021-2027) weiterhin integrativer und internationaler zu gestalten... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Bericht über die Steuerpolitik in der Europäischen Union 2020



In ihrem Bericht über die Steuerpolitik in der Europäischen Union 2020, der am 31. Januar veröffentlicht wurde, legt die Kommission dar, wie die Steuersysteme der Mitgliedstaaten zur Förderung von Investitionen und Beschäftigung, zur Bekämpfung von Steuerbetrug und -hinterziehung und zur Verringerung der Einkommensunterschiede für mehr soziale Gerechtigkeit beitragen. Der Bericht enthält auch einen Überblick über die jüngsten Steuerreformen auf EU-Ebene und in den Mitgliedstaaten... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Mehr Europäer arbeiten und leben in einem anderen Mitgliedstaat



Laut dem am 30. Januar veröffentlichten Jahresbericht 2019 der Kommission über die Mobilität der Arbeitnehmer in der EU lebten im Jahr 2018 17,6 Millionen EU-Bürger außerhalb ihres Herkunftslandes, darunter 12,9 Millionen im erwerbsfähigen Alter, was 4,2% der EU-Bevölkerung entspricht. Das ist ein Anstieg von 3,6% gegenüber dem Vorjahr. Die Hälfte der Personen, die an der innergemeinschaftlichen Mobilität teilgenommen haben, wohnte 2018 in Deutschland oder in Großbritannien. Litauen, Rumänien, Kroatien, Lettland und Estland waren proportional gesehen die Hauptabgangsländer... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Kultur :

Claudia Andujar, der Kampf der Yanomami



Die Cartier Stiftung für Aktuelle Kunst in Paris zeigt bis zum 10. Mai die größte Ausstellung, die je dem Werk der brasilianischen Fotografin Claudia Andujar gewidmet war. Seit den 1970er Jahren widmet die Künstlerin ihr Leben der Fotografie und der Verteidigung der Yanomami, eines der wichtigsten indianischen Völker im brasilianischen Amazonasgebiet... [Fortsetzung](#)

Internationale Kunstmesse in Rotterdam

In den ehemaligen Werkstätten der Van-Nelle-Fabrik in Rotterdam,

einem UNESCO-Weltkulturerbe, findet vom 6. bis 9. Februar die internationale Kunstmesse "Art Rotterdam" statt. Sie präsentiert die Arbeit junger internationaler Galerien, die als Verstärker für Innovationen im Bereich der zeitgenössischen Kunst gelten...
Fortsetzung

Peter Lindbergh in Düsseldorf



Vom 5. Februar bis zum 1. Juni ehrt das Kunstpalastmuseum in Düsseldorf den im September 2019 verstorbenen Fotografen Peter Lindbergh. Mit mehr als 140 Werken Lindberghs präsentiert die Ausstellung viele ungewöhnliche Geschichten über den Werdegang des Künstlers... Fortsetzung

Wolfgang Tillmans in Brüssel



Das WIELS-Zentrum für zeitgenössische Kunst in Brüssel zeigt bis zum 24. Mai die erste monografische Ausstellung des deutschen Künstlers Wolfgang Tillmans in Belgien. Die auf zwei Etagen installierte Ausstellung "Heute ist der erste Tag" bietet einen selektiven Überblick über das Werk des Künstlers in den letzten 30 Jahren und zeigt anhand neuer Foto-, Video- und Tonarbeiten die neuesten Entwicklungen seiner Arbeit... Fortsetzung

Agenda :



03. und 04. Februar 2020

Zagreb

Informelles Treffen der Minister für Wettbewerbsfähigkeit (Forschung)



08. Februar 2020

Irland

Parlamentswahlen

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:



Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

Die Redaktion des Newsletters :

Stefanie Buzmaniuk, Helen Levy ;
Zélie Barbet, Camille Boulat, Myriam Benallaoua
Chefredakteur : Eric Maurice
Publikationschef : Pascale Joannin

Kontakt / Anmerkungen
info@robert-schuman.eu

Robert-Schuman-Stiftung wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge. Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? [{LINK}](#)